

Fragestunde

1057. Abgeordneter Wolfgang Roick (SPD-Fraktion)
Bewertung des gesundheitlichen Risikos der Ambrosia

Die Landesregierung beschreibt in ihrer Antwort (Drucksache 6/7378) auf die Frage nach der Bewertung der gesundheitlichen Risiken der Ambrosia-Pflanze die Gesundheitsgefährdungen ausführlich und klar. Danach geht die „hauptsächliche Gesundheitsgefährdung dieser als Unkraut zu bezeichnenden Pflanze“ von ihren Pollen aus, das allergene Potenzial der Ambrosia-Pollen ist höher als das der „einheimischen“ pollenallergieauslösenden Pflanzenarten und der Kontakt mit der Pflanze kann zu Hautreaktionen wie Urtikaria oder Ekzemen führen.

Dennoch lehnt die Landesregierung es ab, eine Bewertungsgrundlage für die gesundheitliche Gefahrensituation als Grundlage zum Beispiel für ordnungsrechtliche Anordnungen und andere Bekämpfungsmaßnahmen zu erarbeiten.

Ganz klar ist für mich, dass wir alle Mittel und Möglichkeiten nutzen müssen, um die Gesundheitsgefährdung durch Ambrosia zu reduzieren.

Ich frage daher die Landesregierung: Wann wird das für Gesundheit zuständige Fachressort verbindlich die durch Ambrosia ausgehende gesundheitliche Gefahrensituation bewerten?

1058. Abgeordneter Sven Petke (CDU-Fraktion)
Kreisreform gestoppt - Neuanfang versprochen

In der Regierungserklärung vom 19. November 2014 sagte Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke: „Ich sage es ganz deutlich: Aus meiner Sicht sind 18 komplette Kreisverwaltungen für ein Bundesland wie Brandenburg zu viel.“

Der Ministerpräsident hat nun die Kreisgebietsreform gestoppt. Anstelle der zwangsweisen Zusammenlegung von Landkreisen und der Einkreisung kreisfreier Städte sollen Kooperationen und freiwillige Zusammenschlüsse erfolgen, die finanziell gefördert werden.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen hat sie nach dem Stopp ergriffen, um die Reform aufs neue Gleis zu setzen?

1059. Abgeordneter René Wilke (Fraktion DIE LINKE)
Umsetzungsstand Kommunales Infrastrukturprogramm Brandenburg

Die rot-rote Koalition hat seit dem Jahr 2016 ein zusätzliches Investitionsförderprogramm im Umfang von bis zu 130 Millionen Euro zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Verkehr, Feuerwehr sowie Freizeit und Sport aufgelegt. Die Umsetzung des Förderprogramms erfolgte in der Vergangenheit sehr schleppend. Zwischenzeitlich ist von der Landesregierung nachgesteuert worden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen hat sie ergriffen, damit die zur Verfügung stehenden Landesmittel im Doppelhaushalt 2017/2018 abfließen?

1060. Abgeordneter Sven Schröder (AfD-Fraktion)
Naturschutzfonds und Windkraftanlagen

Mit Stand 2016 sind über 3 500 Windkraftanlagen (WKA) im Land Brandenburg gebaut worden. Viele neue WKA sind bereits genehmigt bzw. im Genehmigungsverfahren. Ein Überblick über die Standorte der vorhandenen, der bereits genehmigten und der WKA im Genehmigungsverfahren ist auf der Internetseite Energie- und Klimaschutzatlas Brandenburg (<http://eks.brandenburg.de/>) veröffentlicht.

Der Bau von WKA stellt einen tiefen Eingriff in die Natur und Landschaft der betroffenen Gemeinden dar. Die Bauherren müssen für die durch WKA verursachten Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes erhebliche Zahlungen zur Kompensation von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes leisten. Diese Zahlungen können 100 bis 800 Euro pro Meter Anlagenhöhe gemäß Erlass des MLUL zur Kompensation von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch Windenergieanlagen vom 10. März 2016 betragen. Bei einer angenommenen Anlagenhöhe von 100 Meter beträgt die maximale Zahlung 80 000 Euro/ je Anlage.

Diese Zahlung fließt nicht an die durch den Bau von WKA betroffenen Gemeinden.

In § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz heißt es dazu: „Die Ersatzzahlung ist als zweckgebundene Abgabe an das Land zu entrichten, das sie an die nach § 33 zuständige Stiftung weiterleitet.“

Die begünstigte Stiftung ist die Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg. Die durch WKA betroffenen Gemeinden können bei der Stiftung Naturschutzfonds einen Förderantrag für kleine Umwelt- und Naturschutzprojekte in ihren Gemarkungen stellen. Ein Anrecht auf einen Anteil an den Zahlungen der Bauherren von WKA an die Stiftung Naturschutzfonds haben die betroffenen Gemeinden nicht.

Ich frage die Landesregierung: Wie viel Mittel sind dem Land Brandenburg bzw. der Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg aus den Zahlungen der Bauherren von WKA für die Kompensation von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch Windenergieanlagen im Jahr 2016 zugeflossen bzw. im Jahr 2017 geplant?

1061. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schweinemastanlage Haßleben - legt die Landesregierung Berufung gegen das Urteil ein?

Am 16.10.2017 kam das Verwaltungsgericht Potsdam zu dem Urteil, dass die geplante Schweinemastanlage in Haßleben bauplanungsrechtlich unzulässig ist.

Der Niederländische Unternehmer beabsichtigte, in der Haßlebener Anlage rund 80 000 Schweine zu mästen. Das Landesamt für Umwelt hatte 2013 die Anlage für rund 40 000 Schweine genehmigt. Gegen die Genehmigung legten Umwelt- und Tierschutzverbände Widerspruch ein, welcher von der Landesregierung abgelehnt wurde.

Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Potsdam ist die 2013 erteilte Genehmigung unzulässig. Laut Medienberichten plant der Investor und das Landesamt für Umwelt Berufung gegen das Gerichtsurteil einzulegen.¹

Ich frage daher die Landesregierung: Wird sie Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes Potsdam vom 16.10.2017 einlegen?

1062. Abgeordneter Péter Vida (fraktionslos)
Direkte Demokratie vereinfachen auch ohne Kreisgebietsreform?

Am 20. September 2017 wurde von Teilen der Regierungskoalition angekündigt, dass „im Zuge der Kreisgebietsreform Vorschläge zum Ausbau der direkten Demokratie in Brandenburg in den Landtag eingebracht“ wurden (http://www.dielinke-barnim.de/politik/landespolitik/fuer_mehr_direkte_demokratie/). Hierbei werden wortidentische Vorschläge unterbreitet, die vor wenigen Monaten von der Regierungskoalition noch abgelehnt worden sind.

Die Tatsache, dass die laufende Volksinitiative „Wir entscheiden mit!“ zur Vereinfachung der direkten Demokratie in Brandenburg inzwischen rund zwei Drittel der benötigten Unterschriften gesammelt hat, dürfte zu dieser begrüßenswerten Ankündigung beigetragen haben. Da die Durchführung der Kreisgebietsreform durch die Regierungskoalition abgesagt worden ist, ist zu klären, ob der Ausbau direktdemokratischer Elemente dennoch beabsichtigt bleibt.

Ich frage die Landesregierung: Verfolgt sie das angekündigte und wünschenswerte Ziel des Ausbaus der direkten Demokratie auch ohne Kreisgebietsreform weiter?

1063. Abgeordneter Dr. Jan Redmann (CDU-Fraktion)
Wies Ministerpräsident Falschinformation an?

Am 1. November 2017 erklärte der Ministerpräsident des Landes Brandenburg auf einem Parkplatz in der Prignitz, dass die seit drei Jahren vorbereitete Kreisreform vollständig gestoppt wird. Bereits am Tag zuvor gab es diesbezüglich Anfragen von Medienvertretern an die Staatskanzlei, ob ein Stopp der Kreisreform bereits geplant ist. Der Regierungssprecher antwortete daraufhin in einer schriftlichen Stellungnahme, dass an dem vorgesehen Verfahren im Landtag festgehalten werde und die Gesetzentwürfe im Novemberplenar

¹ <https://www.agrarheute.com/tier/schwein/gericht-stoppt-schweinemastanlage-539432>

zur Abstimmung stünden. Dies entsprach aber nicht den Tatsachen, denn zu diesem Zeitpunkt stand die Absage der Reform für Ministerpräsident Woidke bereits fest, wie Presseberichten und einem Mitgliederbrief des SPD-Landesvorsitzenden zu entnehmen ist.

Mit dieser gezielten Fehlinformation seines Regierungssprechers konfrontiert, erklärte der Ministerpräsident auf einer Pressekonferenz am 1. November 2017, dass der Regierungssprecher diese Falschinformation in seinem Auftrag kommuniziert habe.

Ich frage die Landesregierung: Ist es zutreffend, dass auf Anweisung des Ministerpräsidenten Medienvertretern bewusst falsche Informationen übermittelt wurden?

1064. Abgeordneter Dr. Andreas Bernig (Fraktion DIE LINKE)

Ersatz für zerstörtes Einsatzfahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Kloster Lehnin

Am 5. September 2017 kam es auf der A 2 zu dem bekannten tragischen Unfall bei einem Rettungseinsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Kloster Lehnin. Zwei junge Feuerwehrleute verloren dabei ihr Leben. Das Feuerwehrfahrzeug erlitt dabei wahrscheinlich einen Totalschaden und muss neu beschafft werden. Die Gemeinde Kloster Lehnin kann das wirtschaftlich allein nicht leisten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, die Gemeinde bei der Neubeschaffung eines gleichwertigen Ersatzfahrzeugs zu unterstützen?

1065. Abgeordneter Dieter Dombrowski (CDU-Fraktion)

Wolfshybriden in Brandenburg - Kritik der Landesregierung am Analyselabor

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 3003 stellt die Landesregierung die Kompetenz eines von der Jägerschaft beauftragten und in Hamburg ansässigen Labors in Frage, weil ihrer Auffassung nach die verwendete Analyseverfahren und die herangezogenen Referenzproben zur Identifizierung von Wolf-Hund-Hybriden angeblich ungeeignet seien. Der Presseberichterstatter in der Märkischen Oderzeitung war zu entnehmen, dass das Hamburger Labor der Auffassung der Landesregierung sowohl in dem Punkt der verwendeten Analyseverfahren als auch hinsichtlich der verwendeten Referenzproben vehement widerspricht. Es wird dargestellt, dass das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in der Beantwortung der Kleinen Anfrage offensichtliche und beabsichtigte Fehlinformationen verbreitet. Es wird seitens des Analyselabors in einer schriftlichen Stellungnahme ausdrücklich eine zeitnahe Stellungnahme des Ministeriums und eine Korrektur gefordert.

Ich frage die Landesregierung: Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage bzw. nach welchen objektiven Kriterien kommt sie zu ihrer Aussage, dass das Labor angeblich als Referenzproben von Wölfen nur Genmaterial von nordamerikanischen Timberwölfen heranzieht und die verwendete Analyseverfahren insgesamt ungeeignet sei?

1066. Abgeordnete Roswitha Schier (CDU-Fraktion)
Überarbeitung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung

Das Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung und in diesem Zusammenhang die Verbraucherinsolvenzfinanzierungsverordnung, insbesondere die Erhöhung der Fallpauschalen, sollen überarbeitet werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Sachstand der Überarbeitung?

1067. Abgeordnete Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)
Aufnahme Drittes Geschlecht im Geburtenregister

Am 8. November 2017 forderte das Bundesverfassungsgericht den Bundesgesetzgeber dazu auf, bis spätestens Ende 2018 die gesetzlichen Voraussetzungen zur Ermöglichung der Eintragung eines Dritten Geschlechts im Geburtenregister zu schaffen. Damit folgte das Bundesverfassungsgericht der Klage einer Person, die jahrelang vergebens für die Änderung ihres Geschlechts auf „inter“ oder „divers“ im Geburtenregister gestritten hatte. Begründet wurde dieses Urteil mit der Wahrung der Persönlichkeitsrechte sowie dem bestehenden Diskriminierungsverbot.

Ich frage die Landesregierung daher: Wie bewertet sie die durch das Bundesverfassungsgericht geforderte Änderung des Geburtenregisters?

1068. Abgeordneter Axel Vogel (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grenzüberschreitende UVP oder SUP beim polnischen Oderausbau

Am 23. Juli 2015 genehmigte die Weltbank das polnische Odra-Vistula Flood Management Project. Im Rahmen dieses Projektes plant Polen bis 2023 den Hochwasserschutz an Oder und Weichsel zu verbessern. Dieses Projekt wirft viele Fragen hinsichtlich der Verträglichkeit mit Natur und Umwelt auf, insbesondere weil der polnische Teil des unteren Odertals unmittelbar an den Nationalpark auf deutscher Seite grenzt.

Bei mindestens zwei der Subkomponenten dieses Projekts (1.A.3 Restoring natural values of the Lower Odra Valley sowie 1.B.2. Modernization works on the Border Odra and Lower Odra) müsste eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeits- bzw. Strategische Umweltprüfung (UVP/SUP) erfolgen. Weil diese Maßnahmen erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben könnten, sind sowohl das für den Umweltschutz zuständige Ministerium des hauptsächlich betroffenen Bundeslandes als auch das Bundesumweltministerium zu informieren.

In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, Drucksache 6/4619, vom Juli 2016 gab die Landesregierung aber an, ihr lägen zu diesen Maßnahmen „noch keine offiziellen Informationen vor, die umfassend und detailliert genug sind, eine fundierte Beurteilung der Maßnahmen und eventueller negativer Auswirkungen zu ermöglichen“.

In der Zwischenzeit hieß es, dass die polnische Seite nicht plane, eine grenzüberschreitende SUP durchzuführen, zu einer UVP liegen keine Informationen vor.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie positioniert sie sich in Hinblick auf eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeits- bzw. Strategische Umweltprüfung der Maßnahmen im Rahmen des Odra-Vistula Flood Management Project?

1069. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Cottbuser Ostsee in Sulfatprognose einbezogen?

Die Bundesländer Berlin und Brandenburg haben die Erstellung einer Prognose der zukünftigen Entwicklung von Sulfat als Folge des Braunkohle-Bergbaus in Auftrag gegeben. Dem Vernehmen nach soll die Studie bereits erstellt worden sein. Im Amtsblatt der Stadt Cottbus vom 21. Oktober 2017 wird nun eine erneute öffentliche Auslegung des Antrages zur wasserrechtlichen Planfeststellung des Vorhabens „Gewässerausbau Cottbuser Ostsee“ für den Zeitraum vom 4. Dezember 2017 bis 12. Januar 2018 angekündigt. Dabei sollen Unterlagen durch den Bergbaubetreiber ergänzt werden wie u. a. „Konzeptionelle Betrachtungen zur Sulfatsteuerung im Cottbuser Ostsee durch Spülung mit Spreewasser“. Als größter künstlicher See Deutschlands kann der zukünftige Cottbuser Ostsee durch die Ausleitung des Wassers ein Emittent von Sulfat werden. Eine endgültige Planfeststellung - in der möglicherweise Sulfatgrenzwerte für die Ausleitung festgesetzt werden - wird jedoch nicht vor Ende 2018 zu erwarten sein.

Ich frage die Landesregierung: Wie stellt sie sicher, dass in der Sulfatprognose die zukünftigen Entwicklungen am Cottbuser Ostsee einbezogen werden?

1070. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flutungstermin Cottbuser Ostsee

Im Amtsblatt der Stadt Cottbus vom 21. Oktober 2017 wird eine erneute öffentliche Auslegung des Antrages zur wasserrechtlichen Planfeststellung des Vorhabens „Gewässerausbau Cottbuser Ostsee“ für den Zeitraum vom 4. Dezember 2017 bis 12. Januar 2018 angekündigt. Der Umweltverband Grüne Liga Brandenburg/Umweltgruppe Cottbus geht davon aus, dass ein „Abschluss des Verfahrens bis zur vom Tagebaubetreiber propagierten Flutung ab dem 1. November 2018 damit zunehmend unwahrscheinlich“ sei. (vgl. <http://www.kein-tagebau.de/index.php/de/aktuell/332-leag-tagebausee-erneut-umgeplant-flutungstermin-wird-unwahrscheinlicher>). Dieser Auffassung widerspricht der Bergbaubetreiber LEAG. Eine Vertreterin des Unternehmens erklärte gegenüber der Lausitzer Rundschau: „Die Leag wird im Laufe des Jahres 2018 die Flutungsbereitschaft des Seebeckens herstellen und hält an dem Termin der Flutung Ende nächsten Jahres fest“ (vgl. LR 29.10.2017: „Leag hält an Flutungstermin für Ostsee fest“).

Ich frage die Landesregierung: Welche Folgen - in finanzieller bzw. planungsrechtlicher Hinsicht - hätte eine Verschiebung des von der LEAG anvisierten Flutungstermins im November 2018 für das Land Brandenburg, wenn es bis dahin noch keinen Planfeststellungsbeschluss geben sollte?

1071. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung Sulfatprognose

Der Senat von Berlin gab am 10.07.2017 in einer Mitteilung Folgendes bekannt: „Die Ergebnisse der Sulfatprognose liegen vor und werden zurzeit geprüft. Mitte des Jahres werden die Staatssekretäre aus Berlin (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz) und Brandenburg (Ministerium für Wirtschaft und Energie) über die Ergebnisse und möglicher Handlungsoptionen beraten können. Die beiden Bundesländer werden das Gutachten nach erfolgter Abstimmung im Nachgang veröffentlichen. Zielstellung ist es, nach Auswertung der Prognose zu tragfähigen Vereinbarungen zu kommen und darüber die Öffentlichkeit zu informieren.“ (vgl. Berliner Abgeordnetenhaus Drucksache 18/0468) In der Sitzung des Brandenburger Wirtschaftsausschusses am 20. September 2017 wurde in Aussicht gestellt, dass die Sulfatprognose gegen Ende Oktober 2017 fertig sein sollte.

Ich frage die Landesregierung: Wann wird wo die Sulfatprognose der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

1072. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wann werden mobile Hühnerställe auch in Brandenburg genehmigungsfrei?

In Niedersachsen dürfen mobile Hühnerställe mit bis zu 1 000 Tieren künftig ohne Baugenehmigung aufgestellt werden. Dies sah der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung vor. Damit soll laut Landesregierung die tiergerechte Geflügelhaltung gefördert werden. Der niedersächsische Landtag hat dem Gesetzentwurf im September mehrheitlich zugestimmt. Der bisher hohe bürokratische Aufwand für die Baugenehmigung sowie die damit verbundenen Kosten entfallen dadurch.

Ich frage die Landesregierung: Was unternimmt sie, damit mobile Hühnerställe auch in Brandenburg ohne Baugenehmigung errichtet werden können?

1073. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bauliche Abstände von industriellen Geflügelhaltungsanlagen zu Wohngebäuden und Vogelschutzgebieten nach Baugesetzbuch

Die Art der Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen wird nach der geplanten Tierplatzzahl bestimmt. Ein baurechtliches Verfahren, welches in der Zuständigkeit des Landkreises liegt, ist bei der Geflügelhaltung bei folgenden Tierplatzzahlen durchzuführen:

- 15 000 bis weniger als 40 000 Plätze für Legehennen
- 30 000 bis weniger als 40 000 Plätze für Junghennen
- 30 000 bis weniger als 40 000 Plätze für Mastgeflügel
- 15 000 bis weniger als 40 000 Plätze für Truthühner

Werden die genannten Tierplatzzahlen in den Genehmigungsverfahren überschritten, müssen die Anträge in einem vereinfachten Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) oder einem förmlichen Genehmigungsverfahren nach einem BImSchG mit Öffentlichkeitsbeteiligung und/oder Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. In den baurechtlichen Genehmigungsverfahren besteht keine Pflicht

zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Allerdings besteht auch hier für Betroffene, insbesondere Nachbarn, ein Einsichtsrecht bei der Behörde und für die Allgemeinheit ein Einsichtsrecht nach dem Umweltinformations- oder dem landespezifischen Informationszugangsrecht. Immer wieder werden Anträge bekannt, mit geplanten Tierplatzzahlen knapp unter der Grenze für ein Verfahren nach BImSchG gestellt werden. Hier entscheiden die Landkreise je nach Ermessensspielraum, welche Abstände zu Wohneinrichtungen oder Vogelschutzgebieten eingehalten werden sollen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Abstände hält sie bei der Errichtung von industriellen Tierhaltungsanlagen zur Geflügelhaltung im baurechtlichen Genehmigungsverfahren nach § 35 Baugesetzbuch zum Schutz vor Beeinträchtigungen nach § 35 Absatz 3 Ziffer 3 und 5 Baugesetzbuch zu Wohngebäuden und Vogelschutzgebieten für erforderlich?

1074. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abfallwirtschaftspläne des Landes Brandenburg

Die Abfallwirtschaftspläne des Landes Brandenburg sind auf der Homepage des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft veröffentlicht. Die letzte Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans des Landes erfolgte im Jahr 2012.

Ich frage die Landesregierung: Wann soll die nächste Fortschreibung erfolgen?